

09.05.2007 ! Pressemitteilung

Mechthild Rawert: Verständliche Kennzeichnungen an Lebensmitteln stärken gesundheitliche Prävention

Zum Aktionsplan der Bundesregierung für Ernährung und Bewegung sowie zum gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen erklärt Mechthild Rawert, SPD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Ausschusses Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie des Gesundheitsausschusses:

„Wir brauchen einen integrativen Ansatz, damit die Bevölkerung stärker motiviert wird, auf gesunde Ernährung und ausreichend Bewegung zu achten. Zugleich müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen, die dies ermöglichen.“

Dazu zähle ich eine Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel. Die VerbraucherInnen sollen auf einen Blick erfassen können, ob ein Produkt gesundheitsförderlich oder eher schädlich ist. Ebenso wichtig ist ein Werbeverbot für so genannte Kinderlebensmittel, denn oft enthalten diese zu viel Fett und Zucker.

Ebenso müssen wir auch bessere Bedingungen für Bewegung und sportliche Betätigung schaffen. Gerade in ärmeren Milieus besteht eine ungleich höhere Tendenz zu Bewegungsmangel und Übergewicht. Deshalb bedarf es insbesondere in sozialen Brennpunkten bezahlbarer Sportangebote, die entsprechend den Interessen der verschiedenen Zielgruppen gestaltet sind. Denn Alte und Junge, Frauen und Männer haben unterschiedliche Ansprüche an Sport und Bewegung, und auch die Bedürfnisse der MigrantInnen müssen wir berücksichtigen.

Bei Baumaßnahmen in Wohngebieten müssen wir kinderfreundlicher werden. Gerade in Städten ist der Bewegungsraum für Kinder und Jugendliche extrem eingeschränkt, weil Spielflächen und schulische Sport- und Bewegungsangebote fehlen und weil es in der Umgebung häufig unsichere Straßen und zu wenig Radwege gibt.

Hier sind auch die Länder gefordert, denn diese sind als Zuständige für die Schulpolitik verantwortlich für die Verankerung von gesunder Ernährung und Bewegung in der Schule. Ansatzpunkte gibt es bei der Mittagsversorgung, in Schulfächern wie Sport oder Hauswirtschaft und auch bei schulischen Sportangeboten außerhalb des regulären Unterrichts. Deshalb fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, mit den Ländern zu beraten, wie auch diese zu einem besseren Ess- und Bewegungsverhalten beitragen können. Dies kann beispielsweise im Rahmen der Plattform Ernährung und Bewegung geschehen, der auch die Bundesregierung angehört.

Der Aktionsplan der Bundesregierung ist ein wichtiger Schritt für eine bessere gesundheitliche Prävention. Dennoch müssen wir so schnell wie möglich das im Koalitionsvertrag vereinbarte Präventionsgesetz auf den Weg bringen. Die Prävention muss darin zu einer eigenständigen Säule der Gesundheitsversorgung ausgebaut werden. Denn Vorsorge gegen das Krankwerden besteht nicht nur in guter Ernährung, ausreichend Bewegung während der Freizeit oder in Präventionsangeboten der Krankenkassen. Stattdessen gilt es auch, die Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz wie auch im öffentlichen Raum zu verbessern. Durch Prävention gewinnen die Bürgerinnen und Bürger sowohl an Lebensqualität als auch finanziell. Denn eines ist klar: Wenn wir durch vorbeugendes Handeln mehr Krankheit verhindern können, dann kommt das dem Solidarsystem wie auch den einzelnen Versicherten zu Gute.“